

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

Sitzung Nr. 13 Ö

am Dienstag, 28. November 2017

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Hecker, Roland
Heger, Roman
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfitsch, Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Adelfang, Angelika (ab 20:21 Uhr)
Heinzmann, Thomas
Kleiber, Werner
Kreibiehl, Markus
Sand, Florian
Schwalb, Benjamin (ab 19:45 Uhr)
Thome, Sebastian
Zorn, Harry
Dipl. Ing. Gericke, Elke, Modus Consult (TOP 4)
Scheer, Gerhard, Hydro-Ingenieure Energie & Wasser (TOP 5 + 6)
Krieger, Stefan, Hydro-Ingenieure Energie & Wasser (TOP 5 + 6)
Lang, Robert, Revierförster (TOP 7)

Sitzungsbeginn: 19:17 Uhr

Unterbrechung 20:41 bis 20:47 Uhr

Sitzungsende: 22:04 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 16.11.2017 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Michael Herling
Gemeinderat Carsten Kamuf

Es fehlen unentschuldigt: keine

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 24.10.2017 und 25.10.2017 nichtöffentlichen gefassten Beschlüsse und Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24.10.2017	- 022.3 -

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 24. Oktober 2017 gibt **Bürgermeister Dr. Eger** bekannt, dass der Gemeinderat die Einstellung eines Mitarbeiters für den IT-Bereich und eines Integrationsmanagers im Fachbereich Asyl beschlossen hat. Die Stelle des Integrationsmanagers wird vom Land gefördert. Außerdem wurde einem Antrag auf eine rückwärtige Bebauung in der Friedensstraße 22 zugestimmt. Des Weiteren wurde dem Erwerb der Kronauer Straße 45 zugestimmt.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderat Rouven Dittmann** und **Gemeinderat Adolf Geider** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

- keine-

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Bebauungsplan „Oberfeld“ und „Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan Oberfeld“	
- Ergänzung des Aufstellungsbeschlusses vom 25.10.2016 nach § 2 Abs. 1 BauGB und § 13 a i.V.m. § 13 b BauGB	
- Annahme des Entwurfs des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften	
- weiteres Verfahren	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Frau Elke Gericke von Modus Consult erläutert gemäß der beigelegten Präsentation die baurechtliche Umsetzung des angedachten städtebaulichen Konzepts. Das Gebiet wird als allgemeines Wohngebiet nach dem Nutzungskatalog der Baunutzungsverordnung mit freistehenden Einzelhäusern, Doppelhäusern und Riegelbebauung mit einem Rücksprung als städtebaulicher Zäsur ausgewiesen. Es sind drei Versickerungsflächen für die oberflächennahe Ableitung von Regenwasser vorgesehen, die auch als öffentliche Grünflächen nutzbar sind. Aufgrund des Verkehrslärms sind Schallschutzfenster der Klasse 3 und 4 Richtung Bahnhofstraße notwendig. Im Bereich lebende Feldlerchen und Zauneidechsen stehen unter Artenschutz. Aus diesem Grund sollen Blühstreifen in der Nähe des Baugebiets vorgesehen werden. Zusätzlich soll ein Ausgleichshabitat für Reptilien in der Größe von 200 m² geschaffen werden. Mit Hilfe von Umweltbegleitung und Monitoring sollen die Maßnahmen greifen.

Gemeinderat Adolf Geider freut sich, dass die Maßnahme zügig voranschreitet und die 110-kV-Leitung nicht mehr im Weg steht, da die Bürger dringend auf günstige Bauplätze warten. Er kritisiert den Einbau von unterschiedlichen seitlichen Verkleidungen auf den Dächern und wünscht, dass keine Bleche eingebaut werden. Auf seine Nachfrage bezüglich der Kontrolle der Verwertung des Mutterbodens antwortet **Frau Elke Gericke**, dass der Schutz des Mutterbodens rechtlich vorgeschrieben ist und sich auf dem Mutterboden keine technische Gründung machen lässt, da es zu Zersetzungen kommt. Bleche sind in diesem Bereich ausgeschlossen, da es nicht zu einer Anreicherung von Metallen im Versickerungsbereich kommen soll.

Gemeinderat Udo Back merkt an, dass im Norden eine Haltestelle Richtung Bahnhof führt, jedoch das Gegenstück auf der gegenüber liegenden Seite fehlt. Er wünscht geschwindigkeitsbremsende Maßnahmen bei der Auffahrt zur Landesstraße und sieht ein erhöhtes Risiko für Auffahrunfälle. Für landwirtschaftliche Fahr-

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

zeuge von den Feldwegen sieht er relativ wenig Platz und kritisiert, dass erneut keine Fahrradwege gebaut werden sollen. Seine Fraktion stellt den Antrag, dass der gesamte östliche Bereich ein Fahrradweg werden soll. Die Fläche soll eingetauscht werden gegen die Stellplätze.

Frau Elke Gericke führt aus, dass die Haltestelle nicht Teil des Bebauungsplans ist, jedoch als Teil des städtebaulichen Konzepts eine Anregung darstellt. Das gleiche gilt für verkehrsbremsende Maßnahmen. Ob eine solche sinnvoll erscheint und wie diese aussehen soll, wäre der nächste Schritt in der Objektplanung Verkehrsanlagen. Baurechtlich stellt dies kein Problem dar. Sie stellt klar, dass der landwirtschaftliche Verkehr in die Planungen mit einbezogen wurde. Nicht möglich ist der U-Turn. Es besteht weiter unten die Möglichkeit, an der nächsten Einbiegung zuzufahren. Ansonsten müsste man zu groß in andere Flurstücke eingreifen. Sie verweist darauf, dass die Anbindung an einen Fahrradweg vorhanden ist und dort kein großer Fahrverkehr für einen separaten Fahrradstreifen herrscht.

Gemeinderat Udo Back weist darauf hin, dass bei der Ipflerstraße Richtung Bahnhofstraße ein Radweg fehlt.

Frau Elke Gericke findet das vorhandene Angebot ausreichend.

Bürgermeister Dr. Eger meint sich zu erinnern, dass diese Frage bereits diskutiert und mehrheitlich abgelehnt worden war. Der Planentwurf müsste entsprechend geändert werden, falls dies mehrheitlich gewünscht wird.

Frau Elke Gericke ergänzt, dass die Baufenster in der Größe nicht geändert werden sollten, weil sie sonst nicht mehr optimal bebaut werden könnten. Man sollte stattdessen die Verkehrsfläche verkleinern, um den Radweg mit 2,50m zu bauen.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert freut sich über die Erschließung und findet die Versickerungsanlage sehr wertvoll. Positiv sind die Rückzugsgebiete für die Feldlerche.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Norbert Knopf** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Das Neubaugebiet Oberfeld entsteht im Jahr 2018. Die ganze Welt spricht in dieser Zeit über Klimawandel. Die ganze Welt? Nein, eine kleine Gemeinde im Norden Baden-Württembergs entwickelt ihr Neubaugebiet ohne eine Vorgabe oder Idee für eine klimaschonende Energieversorgung zu machen. Dabei wäre es ganz einfach, hier eine nachhaltige Energieversorgung zu realisieren. Wir könnten ein Blockheizkraftwerk bauen und mit Hackschnitzel zu betreiben und ein Nahwärmenetz aufbauen und der Strom könnte verkauft werden. Wem das zu mutig erscheint, der kann auch die Versorgung der beliebten Wärmepumpe mit einer kalten Fernwärme ausstatten. Als Wärmequelle kann man eine Erdwärmepumpe machen oder die thermische Energie der angrenzenden Äcker nutzen. Bei der Doppel-Acker-Nutzung werden Leitungen in ca. zwei Meter Tiefe verlegt, diese erzeugen genug Brauchwasser für die Wärmepumpe. Ein solches System wird in Wüstenrot bei Heilbronn praktiziert und verschafft den Landwirten ein kleines Zusatzeinkommen. Mit diesen alternativen Versorgungsformen kann man sowohl die so häufig als störend empfundene Luft-Wärmepumpe verhindern als auch dem Bauherrn die Auflagen für alternative Energiequellen abnehmen. Noch sind die Würfel nicht gefallen. Wir beantragen daher, dass man den Bebauungsplan um ein Energieversorgungskonzept erweitert. Sollte man auf diesem Gebiet auf Römerfunde stoßen, so ist das wieder geregelt, denn historische Funde sind zu melden, auch wenn diese in diesem Bereich nicht sehr wahrscheinlich sind. Die Artenschutzprüfung hat keine Wildschweine gefunden, jedoch Feldlerchen und Zauneidechsen, die auf dem Areal heimisch sind und geschützt werden müssen. Dies zeigt, dass wir hier noch eine intakte Natur haben. Diese Natur zu schützen und weiter zu entwickeln, ist vor dem Rückgang der Artenvielfalt eine weitere Herausforderung in unserer Zeit. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren einige Naturschutzmaßnahmen durchgeführt. Um diese Maßnahmen zu sichern und weiter zu entwickeln, halten wir die Beschäftigung eines Naturschutzbeauftragten für notwendig. Er könnte auch die angedachten Monitoring-Aufgaben im Neubaugebiet beauftragen. Wir werden daher in den anstehenden Haushaltberatungen für eine Stelle in unserer Gemeinde eintreten. Zunächst beantragen wir jedoch, den Bebauungsplan um ein Energiekonzept zu erweitern. Dem Radweg können wir natürlich zustimmen.“

Gemeinderat Roland Hecker wünscht eine geschwindigkeitsbremsende Maßnahme in Form eines Kreisverkehrs, auch um den Verkehrslärm zu verringern. Er stützt seine Argumentation auf die bewährte Funktion eines Kreisverkehrs bei der Zufahrt aus Walldorf in Richtung Rot. Zudem verhindert ein Kreisverkehr auch Beschleunigungsgeräusche und animiert die Fahrer abzubremsten. Parallel dazu könnte man die Anbindung des Radwegs und des landwirtschaftlichen Verkehrs damit verknüpfen.

Gemeinderat Siegfried Köck unterstützt den Vorschlag eines Kreisverkehrs und bittet aber auch alternativ

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

eine Blitzanlage in Erwägung ziehen, weil dort häufig mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren wird.

Gemeinderat Dr. Wolfgang Werner findet den Vorschlag Erdwärme attraktiv. Auf den Straßen im neuen Baugebiet soll durch verkehrsberuhigende Maßnahmen so langsam gefahren werden, dass sich auch spielende Kinder dort aufhalten können und somit ein separater Radweg dann nicht erforderlich ist.

Bürgermeister Dr. Eger betont, dass die Verschwenkung dafür eingeführt wurde, damit keine Durchgangsstraße entsteht. Zudem hat man auf anderen Rad- und Fußwegen Probleme mit Rollerfahrern. Wenn es allerdings mehrheitlich gewünscht wird, muss man dies in den Plan einarbeiten. Er steht einem Kreisverkehr kritisch gegenüber, da er nicht weiß, ob in diesem Geltungsbereich der Gemeinde überhaupt die Flächen zustehen. Bezüglich des Energie- bzw. Nahwärmenetzes verweist er auf andere Gemeinden, bei denen es nicht wirtschaftlich zu betreiben ist.

Frau Elke Gericke informiert, dass ein Kreisverkehr entsprechend der geometrischen Form und Achsenlage mittig platziert werden müsste und man somit auch in gegenüberliegende Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans eingreifen und eine Vielzahl von Grundstücken anschneiden würde. Sie würde eine andere Maßnahme bevorzugen, wie eine Geschwindigkeitskontrolle durch Blitzer oder einen Fahrbahnversatz. Weiterhin berichtet sie, dass die individuellen Energieversorgungskonzepte inzwischen so zahlreich sind, dass sich bislang alle vereinheitlichenden Konzepte zerschlagen haben, weil man alle Anwohner hierzu verpflichten müsste.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass man einen Anschlusszwang für alle 38 Wohneinheiten festlegen müsste und dies ein Eingriff in die Bauherrenfreiheit darstellen würde.

Gemeinderat Roland Hecker ist der Meinung, dass die Integration eines Kreisverkehrs in den Bebauungsplan als planerische Aufgabe zu sehen ist und dann sicher Flächen aufgegeben bzw. neue annektiert werden müssen, doch angesichts der Erfolge der bisherigen Kreisverkehre auf allen sonstigen Einfallstraßen möchte er eine Verschwenkung der Straße, so dass ein Kreisverkehr sinnvoll eingeplant werden kann.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass man bei einem Kreisverkehr an grundstücksrechtliche Grenzen stoßen würde, in die Grundstücke eingreifen oder den landwirtschaftlichen Begleitweg opfern müsste. Die Gemeinde besitzt an den angrenzenden Äckern kein Eigentum. Zudem sollen der Radweg und der landwirtschaftliche Begleitweg erhalten bleiben. Ein Anschneiden der Grundstücke wie zuletzt im Neubaugebiet stellt sich als sehr schwierig heraus aufgrund der Widerspruchsbehauptung. Er ergänzt, dass die zur Verfügung stehende Verkehrsfläche mit Absicht in das Bebauungsplanverfahren aufgenommen wurde, um Raum für Maßnahmen zu gewinnen. Doch reicht die rückgestufte L 546, deren Straßenfläche im Besitz der Gemeinde ist, nicht aus, um einen Kreisverkehr regelkonform hineinzulegen.

Gemeinderat Rouven Dittmann unterstützt den Wunsch nach einem Kreisverkehr zur Lärm- und Geschwindigkeitsminderung.

Bürgermeister Dr. Eger betont, dass man in diesem noch sehr frühen Stadium nicht unter Zeitdruck steht. Das Projekt hängt auch mit der Verlegung der 110-kV-Leitung zusammen, zu dem es auch noch keinen Planfeststellungsbeschluss gibt. Er schlägt vor, die eingebrachten Anträge als Anregungen aufzunehmen zu prüfen, einen Entwurf zum Energiekonzept auszuarbeiten und die Radwegführung zu planen, um sie dann zur Beratung erneut vorzulegen. Nach seiner Auffassung wäre ein Blitzer sehr effektiv.

Gemeinderat Theo Vetter sieht, dass bezüglich der Geschwindigkeitsreduzierung Einigkeit besteht, und ist der Auffassung, dass ein Blitzer am wenigsten Fläche verbraucht und dennoch am effektivsten seine Wirkung erzielt. Er belegt seine Argumentation mit der Blitzanlage in Wiesental.

Gemeinderat Roman Heger schlägt vor, wie von Neulußheim Richtung Altlußheim eine Kurve einzubauen, um die Geschwindigkeit zu reduzieren. Damit könnte man sich eventuell eine Blitzanlage sparen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, den Vorschlag als bauliche Alternative aufzunehmen.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die eingebrachten Vorschläge werden als Prüfauftrag aufgenommen und der Entwurf wird erneut zur Beratung vorgelegt.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Erneuerung Klärschlammmentwässerung hier: Ingenieurleistungen, Auftragsvergabe	- 700 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Gerhard Scheer und Herrn Stefan Krieger vom Büro HYDRO- Ingenieure Energie & Wasser GmbH.

Herr Markus Kreibiehl hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Herr Gerhard Scheer erläutert anhand der beigefügten Präsentation die durchgeführte Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur Erneuerung der Klärschlammmentwässerung, insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen, eine Auswahl geeigneter Entwässerungsaggregate, die Prüfung der technischen Machbarkeit, eine dynamische Kostenvergleichsrechnung sowie die Gegenüberstellung und Bewertung der verfahrenstechnischen Varianten. Die aktuell vorhandene 20 Jahre alten Kammerpresse unterliegt dem Verschleiß und kann jederzeit versagen. Er berichtet, dass ein mehrtägiger Versuch mit einer mobilen Schneckenpresse durchgeführt wird, da eine Schneckenpresse aus wirtschaftlicher und technischer Sicht zu empfehlen ist.

Herr Markus Kreibiehl bestätigt, dass der Testversuch bereits so gute Ergebnisse erzielt hat, dass sich ein Versuch mit der Zentrifuge erübrigen wird, auch vor dem Hintergrund der Unterhaltungskosten.

Herr Gerhard Scheer fügt hinzu, dass die Planung unter Vorbehalt für Dezember/Januar terminiert ist. Die Ausschreibung könnte im Februar und die Vergabe Ende März erfolgen. Die Umsetzung könnte dann aufgrund der langen Lieferzeiten von vier bis sechs Monaten im Oktober/November stattfinden.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Die Investitionsvorhaben zur Verarbeitung von Klärschlamm geben Anlass, auf ein neues Verfahren hinzuweisen, die KDV - katalytische drucklose Verölung. Damit kann aus allen organischen Abfällen, eben auch Klärschlamm, Dieselöl gewonnen werden. Die zurückbleibenden Stoffe können als Dünger verbrannt werden. Der mögliche Einsatz einer solchen Anlage soll am 4. Dezember in der nächsten Woche von 14 bis 17 Uhr in der Kläranlage Sinsheim erörtert werden. Dazu sind, organisiert durch den ehemaligen OB Rolf Geinert, Vertreter der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderats St. Leon-Rot herzlich eingeladen. Wir sollen nur vorher Bescheid geben, wie viele Personen kommen werden. Bitte Meldungen an mich. Dort können wir in Erfahrung bringen, wie weit Klärschlamm überhaupt getrocknet sein muss, wenn er mit trockenen Bestandteilen, zum Beispiel Grünschnitt vermischt, als Brei in der Katalyse verarbeitet wird. Deshalb schlagen wir vor, in Diskussion mit Fachleuten das neue Verfahren in Augenschein zu nehmen. Die Gemeindeverwaltung möge dann mit dem Gemeinderat beraten, ob die Anschaffung einer solchen Anlage, die in verschiedenen Größen erhältlich ist, für uns Sinn macht. Die beantragten Mittel für eine Anlage zur Klärschlammmentwässerung sollten heute zwar bewilligt werden, die Anschaffung aber mit der Erörterung der zusätzlichen oder sogar ersatzfreien Investition für eine Verölungsanlage verbunden werden. Sparen könnte man sich im letzteren Falle eine solare Trocknungsanlage und die Dimension einer Klärschlammpresse wäre von dem erforderlichen Gemisch im Katalyse-Prozess abhängig.“

Herr Stefan Krieger informiert, dass dieses Verfahren bereits bekannt ist. Der zurzeit anfallende Faulschlamm ist Wasser, dieser ist aber für das Verfahren nicht geeignet. Daraus resultiert, dass eine Entwässerung unumgänglich ist. Bei entwässertem Schlamm entstehen ca. 1000 Jahrestonnen, bei nicht entwässertem ca. 20.000 – 30.000 Jahrestonnen, welche man in Tankwagen abtransportieren müsste. Auch das katalytische Verfahren braucht einen Feststoff, sodass eine Entwässerung nötig ist. Er hebt hervor, dass die Entwässerung Priorität genießen soll, da die Aggregate nicht mehr lange haltbar sind. Für ein späteres Verfahren hält man sich alle Ergebnisse offen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017**

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt klar, dass der Grad der Entwässerung nach der Entwässerung mit der Schneckenpresse einer Verölung nicht entgegensteht. Er merkt an, dass der 4. Dezember jedoch sehr kurzfristig ist.

Herr Markus Kreibiehl verweist darauf, dass diese Methode für die Abfallentsorgung entwickelt wurde und man seit längerer Zeit nicht mehr von den Pilotprojekten und dem Stand der Dinge informiert wurde. Die dem Klärschlamm zugeführten Stoffe sind dort nicht einmal Sekundärstoffe und somit eher für den Abfallbetrieb tauglich. Die Pflichtaufgabe des Abwasserbetriebs ist die Entwässerung des Klärschlammes. Gemäß der überarbeiteten Klärschlammverordnung ist der Entsorger für das Recycling des Phosphors zuständig. Er hat Bedenken aufgrund der Phosphorentsorgung. Die Entwässerung des Klärschlammes sollte oberste Priorität genießen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt fest, dass der Vorschlag der Verölungsanlage für die Beauftragung der Ingenieurleistung zu einer Schneckenpresse kein Hindernis darstellt.

Herr Markus Kreibiehl ergänzt, dass mit den tollen Ergebnissen auch gerechnet wurde, jedoch die Werte von Anlage zu Anlage unterschiedlich sein können.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung wird ermächtigt, die Hydro Ingenieure Energie & Wasser GmbH aus Karlsruhe mit den Ingenieurleistungen zur Erneuerung der Klärschlammmentwässerung unterteilt in Bautechnik (gem. HOAI 2013, III, Abschnitt 3, Honorarzone III, Mindestsatz, 2,6 % für die örtliche Bauüberwachung und 5 % Nebenkosten) und Verfahrenstechnik (gem. HOAI 2013, Teil IV, Abschnitt II, Honorarzone II, Mindestsatz und 5 % Nebenkosten) mit einem Umbauschlag von je 20 % zu beauftragen. Die erforderlichen Mittel zur Realisierung der Maßnahme sind in den Wirtschaftsplan 2018 einzustellen.

Weiterhin wird die Betriebsleitung mit der Durchführung der Ausschreibung der verfahrenstechnischen Lösung „Schneckenpresse“ beauftragt.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie „Solare Klärschlamm Trocknung“ hier: Vorstellung der Ergebnisse	- 700 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Markus Kreibiehl hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Herr Stefan Krieger vom Büro HYDRO-Ingenieure Energie & Wasser GmbH berichtet anhand der beigefügten Präsentation über die Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie „Solare Klärschlamm Trocknung.“ Er geht dabei auf die Massenverringerung durch mechanische Entwässerung und thermische Trocknung sowie auf den Aufbau und das Funktionsprinzip einer solchen Anlage ein. Durch eine mechanische Entwässerung wird bis zu 80 % der Masse reduziert. Dies ist die günstigste Massenverringerungsmethode und ist Pflichtaufgabe. Bei einer solaren Klärschlamm Trocknung kann bis zu weiteren 10 % der Masse reduziert werden, jedoch räumt er Bedenken ein aufgrund des Geruchs in der Nähe der Erholungsanlage St. Leoner See. Zudem ergibt sich anhand eines dynamischen Kostenvergleichs, dass sich eine solare Klärschlamm Trocknung finanzmathematisch erst nach einer Erhöhung der Entsorgungskosten um ca. 50 % lohnt und nach dem aktuellen Stand der Dinge zurzeit einfach noch nicht wirtschaftlich ist.

Bürgermeister Dr. Eger hebt hervor, dass es sinnvollere Maßnahmen gibt, die im Betrieb noch anstehen. Nichtsdestotrotz sollte man die Entwicklung der solaren Klärschlamm Trocknung weiterhin beobachten.

Gemeinderätin Marina Krenzke sieht darin auch nicht die erste Priorität und möchte wissen, wie sich bei der aus ihrer Sicht wichtigeren vierten Reinigungsstufe der Schlamm durch die herausgefilterten Medikamente verändert.

Herr Stefan Krieger erklärt, dass für den Schlamm keine direkten Auswirkungen entstehen. Die neuesten Entwicklungen in Deutschland zeigen den Weg der thermischen Entsorgung auch bei Kläranlagen unter

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017**

50.000 Einwohner. Eine weitere Möglichkeit wäre die landwirtschaftliche Entsorgung, diese Flächen werden aber durch die neue Düngemittelverordnung enorm eingegrenzt. Der Schlamm wird mit oder ohne Medikamenten verbrannt, bei einer Hochtemperaturverbrennung kann man die Medikamente und den Phosphor herausfiltern. Die vierte Reinigungsstufe betrifft nicht den Schlamm, aus dem bereits Kohlenstoffe, Stickstoff und Phosphor eliminiert werden kann, sondern hat positive Auswirkungen auf das Gewässer, indem Arzneimittel wie Schmerzmittel, Röntgenkontrastmittel, Salben u. ä. entfernt werden. Es gibt jedoch noch keine gesetzliche Grundlage, bisherige Anlagen arbeiten auf freiwilliger Basis.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger will wissen, was eine vierte Reinigungsstufe grob kosten würde.

Herr Markus Kreibiehl antwortet, dass man mit 10 Mio. € rechnet.

Herr Stefan Krieger fügt hinzu, dass es bezogen auf den Abwasserpreis etwa 15 – 40 Cent/m³ kostet. In der Schweiz sind etwa 100 Anlagen an sinnvollen Stellen in Betrieb, für die im ganzen Land ein Abwasserpennig erhoben wird.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Werner findet, dass eine Verölungsanlage auch auf dem Gelände der Kläranlage gebaut werden könnte, so dass die Tanklaster neben dem Klärschlamm auch Grünschnitt, Essensabfälle etc. abtransportieren könnten.

Herr Stefan Krieger entgegnet, dass das Verfahren der Verölungsanlage Feststoffe benötigt wie Grünschnitt. Wasser wäre für diesen Prozess nicht geeignet.

Herr Markus Kreibiehl ergänzt, dass man dann ein Entsorgungsbetrieb wäre wie zum Beispiel Stadtwerke. Man unterliegt durch die Abfallannahme auch ganz anderen Immissionsschutzgesetzen. Die Verölungsanlage ist eine Biogasanlage, wodurch der Hausmüll angeliefert werden müsste, gerade in der Nähe des Erholungsgebiets St. Leoner See wäre dies sehr ungeeignet.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner** bezüglich des Grünschnitts am Bauhof antwortet **Herr Markus Kreibiehl**, dass dieser voraussichtlich bei Weitem nicht ausreicht.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass dann wieder das Entsorgungsrecht gilt, und vermutet, dass es in Sinsheim eventuell wegen einer Zusammenarbeit mit dem AVR gemacht wird.

Gemeinderat Udo Back lobt die gute Präsentation, dass die Investitionskosten, die Betriebskosten und die Amortisation dargestellt wurden und es auch für den Laien verständlich war.

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur „Solaren Klärschlamm-trocknung“ zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Forstbetriebsplan 2018	- 855.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Revierförster Robert Lang stellt den Forstbetriebsplan 2018 vor. Er gibt einen kurzen Rückblick und informiert über die aktuelle Entwicklung. Die Wälder kämpfen mit abiotischen Problemen, es mussten Wiederholungspflanzungen getätigt werden, da die Maßnahmen nicht sonderlich erfolgreich waren. Positives dagegen gibt es bei der Neophytenbekämpfung zu vermelden, bei der die Gemeinde ein gutes Bild abgibt. Durch die Trockenheit bedingt kam es auch zu Absterbeprozessen, so dass mehr in die Verkehrssicherung investiert werden muss.

Gemeinderat Siegfried Köck bedankt sich für den ausführlichen Bericht und signalisiert Zustimmung zum Forstbetriebsplan 2018. Beim Wald als Naturgut ist es wichtig, die Balance zwischen einem gesunden Forstbestand, dem Wald als Naherholungsgebiet und dem wirtschaftlichen Nutzen zu finden. Er will wissen, ob das Eschensterben auch hier eingetroffen ist und ob die Jagdpächter ihrer Aufgabe bezüglich der Wildschäden nachkommen. Er bittet um Stellungnahme zu einem Antrag der Freien Wähler, Esskastanien und Mandelbäumchen anzupflanzen und dankt Revierförster Robert Lang und seinem Team.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017**

Revierförster Robert Lang informiert, dass das Eschetriebsterben deutschlandweit auftritt. Man vermutet die Ursache in einer aggressiven Mutation des Schlauchpilzes, jedoch sind nur 3 % der Eschen dagegen resistent. Darunter leidet dann die Standfestigkeit der Eschen, wodurch auch die Wurzel geschädigt wird. Er informiert, dass die Anpflanzung von Esskastanien und Mandelbäumchen kein Problem darstellt und somit eine höhere Diversität gegeben ist.

Gemeinderat Achim Schell bedankt sich ebenfalls bei Revierförster Robert Lang für seine Tätigkeit und signalisiert Zustimmung für den Forstbetriebsplan 2018.

Gemeinderat Roland Hecker signalisiert Zustimmung für die bisherige Arbeit und auch zum Forstbetriebsplan 2018. Er möchte wissen, was unter Schutzfunktionen und Erholungsvorsorge verstanden wird.

Revierförster Robert Lang erklärt, dass unter ersterem hauptsächlich die Neophytenbekämpfung und die Errichtungen von Nistkästen z. B. für Fledermäuse oder der Ameisenschutz verstanden wird. Zur Erholungsvorsorge zählt die Pflege von Waldwegen, die Mähungen von Banketten, Verkehrssicherungsmaßnahmen innerhalb des Waldes oder an Sitzbänken. Er ergänzt auf die Frage von **Gemeinderat Siegfried Köck** zum Wildverbiss, dass es zwei Schwerpunkte gibt. Im Distrikt 2 führt ein erhöhter Wildbestand zu Belastungen, hier wird man demnächst aktiver werden.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert und Gemeinderätin Birgit Klemenz bedanken sich für die geleistete Arbeit von Revierförster Robert Lang.

Auf Frage von **Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner**, welche Baumarten Probleme bereiten bei der Regeneration, um den Laubholzbestand zu erhöhen, antwortet **Revierförster Robert Lang**, dass schon deswegen eine Expertenkommission einbestellt und das FVA Freiburg angefragt wurde. Bislang gibt es aber noch keine richtige Antwort darauf.

Gemeinderat Norbert Knopf bittet angesichts der Eigentümer-Zielsetzung für die nächsten zehn Jahre, dies mit einer Bürgerbeteiligung vor Ort zu verknüpfen, bei der Bürger ihre Wünsche und Ideen einbringen können und man die angestrebten Ziele besser erklären kann.

Revierförster Robert Lang betont, dass auch bisher schon immer Waldbegehungen angeboten wurden und falls dies vom Gemeinderat gewünscht ist, eine Bürgerbeteiligung stattfinden kann.

Der Gemeinderat stimmt dem Forstbetriebsplan 2018 einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	8
Erholungsanlage St. Leoner See, Erschließung von Komfortplätzen und Stellplätzen für das Campen mit Hund hier: Tiefbauarbeiten, Auftragsvergabe	- 591.20.1 -	

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag für die Tiefbauarbeiten zur Erschließung der Komfortplätze bzw. der Stellplätze für das Campen mit Hund an die Firma Emil Eckert aus Reichartshausen zu einer vorläufigen Auftragssumme von 273.722,97 € zu erteilen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Erholungsanlage St. Leoner See, Erschließung von Komfortplätzen und Stellplätzen für das Campen mit Hund, Erweiterung der Niederspannungshauptverteilung hier: Rohbau- und Elektroarbeiten, Auftragsvergaben	- 591.20.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Roman Heger** nach der finalen Ausführung der Elektroarbeiten antwortet **Herr Sebastian Thome**, dass dies lediglich eine Erweiterung des bestehen Trafos ist.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, folgende Auftragsvergaben vorzunehmen:

- | | | |
|--------------------|------------------------------------|--------------|
| 1. Rohbauarbeiten | Fa. BU Streib GmbH, 68259 Mannheim | 38.636,00 € |
| 2. Elektroarbeiten | Fa. Kühn GmbH, 76189 Karlsruhe | 103.081,31 € |

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Erweiterung der Parkringschule Rot hier: Rohbauarbeiten, Dach- und Dachabdichtungsarbeiten, Auftragsvergaben	- 211 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Hauptamtsleiterin Anette Reich informiert, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe auf den Antrag zur Schulbauförderung knapp eine Million Euro als Zuschuss in Aussicht gestellt hat.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgende Auftragsvergaben vorzunehmen:

- | | | |
|-------------------|---------------------------------|----------------|
| 1. Rohbauarbeiten | Fa. BU Streib aus Mannheim | 1.681.727,42 € |
| 2. Dacharbeiten | Fa. Breitbart GmbH aus Eisenach | 348.122,97 € |

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Parkraumbewirtschaftung Hauptstraße Verkehrsregelung im Kindergartenweg	- 112.21 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Benjamin Schwalb hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger plädiert dafür, das Einfahrtsverbot von der Hauptstraße aus, beizubehalten. Man fährt vom alten Kindergartenweg aus zu und fährt über die neue Erschließungsstraße ab. Aufgrund der Parkscheibenregelung werden die Parkplätze im neuen Kindergartenweg durch mittelfristige Parker benutzt. Um „Kampfparken“ zu vermeiden, appelliert er an die Vernunft und Kooperationsbereitschaft aller Ver-

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

kehrsteilnehmer, um eine lebendige Ortsmitte mit Geschäften zu ermöglichen, die auf Stellflächen in vertretbarer Entfernung für Kunden mit Pkw angewiesen sind.

Gemeinderat Theo Vetter signalisiert Zustimmung zur Parkraumbewirtschaftung und wünscht eine Erweiterung zum Gasthaus Sonne und zur Metzgerei Back. Den Freien Wählern liegt eine Unterschriftenliste mit über 120 Unterschriften vor, die gegen die vorhandene Verkehrsführung in Form einer Einbahnstraßenregelung im neuen Verbindungsweg sind. Mit dieser Regelung gibt es nur eine Zufahrt über den alten Kindergartenweg für alle Kraftfahrzeuge zum Kindergarten und zu den Parkplätzen. Die Freien Wähler unterstützen das Bürgerbegehren, da der alte Kindergartenweg auch und sehr viel von Radfahrern und Fußgänger benutzt wird, keinen eigenen Gehweg hat und am unteren Ende eine Engstelle aufweist, in der ein erhöhtes Gefahrenpotenzial entsteht, weil PKW und Fußgänger gemeinsam keinen Platz haben. Er fordert deshalb die Aufhebung der Einbahnstraße in der neuen Verbindungsstraße. Die Aussage der Verwaltung über regelmäßige Verstöße gegen das Halteverbot oder sonstige Argumente kann seine Fraktion nicht teilen, da der Verkehr während der Bauarbeiten und der Sperrung des alten Kindergartenwegs vollumfänglich und problemlos funktioniert hat. Eine kreisende Zufahrt während der Hol- und Bringzeiten wäre auch ohne Einbahnregelung durchaus möglich. Zudem können sie dem Vorschlag einer unechten Einbahnstraße im alten Kindergartenweg zustimmen, sie sehen jedoch eine wirkliche Entlastung dieses Wegs nur in Verbindung mit der Aufhebung der Einbahnstraße. Eine Entlastung für den alten Kindergartenweg sehen sie, wenn man von der Hauptstraße auch den neuen Kindergartenweg zufahren kann zum Kindergarten. Ebenfalls halten sie die vorgeschlagene Beschilderung mit Zeichen 260 nicht für sinnvoll, da die Hemmschwelle bei diesem Zeichen einzufahren relativ gering ist. Alternativ schlagen sie das Zeichen 267 „Verbot der Einfahrt“ mit dem Zusatzzeichen 1004-30 für die Zufahrt der Anwohner sowie dem Zusatzzeichen „Radfahrer frei“. Er ist der Auffassung, dass bei dem Zeichen 267 die Hemmschwelle zur Einfahrt deutlich höher ist.

Gemeinderat Achim Schell begrüßt eine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung. Er möchte wissen, wie man bei dem vorgesehenen Zeichen 260 „Verbot für Kraftfahrzeuge“ mit Zusatzzeichen 1026-36 erkennen kann, dass Anwohner die Straße in beide Richtungen befahren dürfen. Er findet, dass man den Verkehr über einen längeren Zeitraum analysieren sollte. Falls die Beschwerden nicht rückläufig werden, sollte man eingreifen.

Herr Benjamin Schwalb erklärt, dass die Verkehrssicherheit im Kindergartenweg gemeinsam mit der Polizei überprüft wurde. Er hat ein geringes Verkehrsaufkommen und ist sehr gut einsehbar. Für die neue Erschließungsstraße wurde extra ein Gehweg geschaffen, auf dem auch Radfahrer die Möglichkeit haben zu fahren.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger informiert, dass kein Beschlussvorschlag vorliegt. Die Verkehrsregelung soll im Kindergartenweg noch einmal aufgearbeitet werden und in einer neuen Vorlage vorgestellt werden. Er findet, dass im Zweifelsfall ausprobiert werden soll, welche Methode am besten geeignet ist. Er möchte wissen, ob bei der Absprache mit der Polizei die Aufhebung der Einbahnstraße kategorisch abgelehnt wurde.

Herr Benjamin Schwalb informiert, dass sie nicht kategorisch abgelehnt wurde, doch die derzeitige Verkehrsregelung funktioniert, die Anordnung der Längsparker und die fehlende Wendemöglichkeit sprechen dafür.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Dr. Eger** nach Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung zum Gasthaus Sonne und Metzgerei Back antwortet **Herr Benjamin Schwalb**, dass dies möglich ist und im Ermessen des Gemeinderats liegt.

Gemeinderat Udo Back unterstützt die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung bis zur Metzgerei Back, da man bei einer einseitigen Parkraumbewirtschaftung die gegenüberliegenden Geschäfte vernachlässigen würde, und signalisiert Zustimmung für die Sperrung des alten Kindergartenwegs. Er selbst hat bislang noch keine schlechten Rückmeldungen aufgrund der beidseitigen Befahrung bekommen.

Gemeinderat Torsten Weis stimmt der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung bis zur Metzgerei Back zu. Bezüglich des Kindergartenweges schließt er sich dem von Bürgermeister Dr. Eger zur erneuten Aufarbeitung an.

Gemeinderat Rouven Dittmann informiert, dass es bei seiner Fraktion keine einstimmige Meinung gibt. Er stimmt Gemeinderat Udo Back zu, dass man bei einer einseitigen Parkraumbewirtschaftung die gegenüberliegenden Geschäfte vernachlässigen würde, und signalisiert Zustimmung bis zur Metzgerei Back. Er möchte die damaligen Beweggründe für die Einbahnstraße wissen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017

Bürgermeister Dr. Eger berichtet, dass sie erschließungstechnisch in beide Richtungen befahrbar ist. In der Einbahnstraße sind Längsparkplätze einfacher anfahrbar, für Querparker wäre kein Platz gewesen. Außerdem gab es die Befürchtung, dass entlang des Zauns geparkt wird. Des Weiteren sind der Rückstau des Kreisels und die Linksabbiegersituation problematisch. Daneben ist es übersichtlicher, auch aus Sicht der Fußgänger. Aber die Frage war auch damals strittig.

Herr Benjamin Schwalb ergänzt, dass es auch den Hol- und Bringverkehr am Kindergarten ordnet.

Gemeinderat Norbert Knopf signalisiert zur Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung Zustimmung bis zur Metzgerei Back. Zum Thema Kindergartenweg möchte er keine großen Regelungen und viel Sicherheit, entweder durch eine Spielstraße oder eine bauliche Begrenzung. Wenn dort eine niedrige Geschwindigkeit gewährleistet ist, könnte er sich eine beidseitige Befahrung gut vorstellen.

Bürgermeister Dr. Eger wirft ein, dass dies nicht möglich ist, außer wenn die Straße komplett umgebaut wird. In der derzeitigen Ausgestaltung ist dieses Vorhaben verkehrsrechtlich nicht zulässig. Zudem muss es noch eine Mischverkehrsfläche sein, dazu hat es keinen separaten Gehweg. Man könnte die Idee aufarbeiten, dann müsste man aber grundlegende Änderungen treffen.

Gemeinderat Klaus Grün signalisiert ebenfalls Zustimmung zur Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung. Er kritisiert jedoch, dass es zu wenige Kontrollen gibt. Er fordert die Abschaffung der Einbahnstraßenregelung, so dass die Straße beiderseits befahrbar wird. Vor allem der alte Kindergartenweg sollte verkehrsgerecht gebaut sein durch eine Spielstraße oder ähnliches.

Gemeinderat Roland Hecker kritisiert die überhöhte Geschwindigkeit der PKWs in diesem Bereich. Er bittet die Verwaltung auch an die Fußgänger zu denken und fühlt die Lobby der autofahrenden Nutzer zu stark behandelt.

Gemeinderat Theo Vetter verweist, dass **Gemeinderat Siegfried Köck** die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung zur Metzgerei Back zuvor angesprochen hat. Zudem schlägt er eine Begehung des Kindergartenwegs vor. Er informiert bezüglich der Frage von **Gemeinderat Rouven Dittmann**, dass es schwierig war, da die Straße noch nicht gebaut war und es Bedenken aufgrund der Breite der Straße gab. Des Weiteren wollte man den Fußgängern und Kinder noch Sicherheit bieten. Er stimmt **Gemeinderat Norbert Knopf** zu, eine gegenläufige, langsame Befahrung wäre möglich.

Bürgermeister Dr. Alexander Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat befürwortet die Einführung einer Parkscheibenregelung auf der Südseite der Hauptstraße zwischen den Hausnummern 79 und 53 und dem Erlengrund zwischen den Hausnummern 4 und 6 im Bereich der Metzgerei Back, die das Parken werktags von 8 bis 18 Uhr auf eine Parkdauer von zwei Stunden beschränkt.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 19 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.

Gemeinderätin Anneliese Runde beantragt, die weiteren Tagesordnungspunkte aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit zu vertagen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017	Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	12
--	-----------------	----------------------------	-----------

Ergebnisbericht der Umfrage bei Senioren	- 425.30 -
---	-------------------

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017**

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Änderung der Hauptsatzung		
1. Änderung der Zahl der Ausschussmitglieder		
2. Änderung der Wertgrenzen der Zuständigkeiten	- 020.5 -	

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Besetzung des Ausschusses für Umwelt und Technik	- 023.4 -	

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Besetzung des Ausschusses für Finanzen und Betriebe	- 023.4 -	

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Zuschussantrag des Sportschützenvereins Rot		
Umstellung auf elektronische Schießanlage der Luftdruckstände		
Modernisierung der Kugelfänge des 25-m-Standes		
	- 552.24.2 -	

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	17
Realisierung einer Toilettenanlage am Bahnhof Rot-Malsch		
hier: Antrag der Fraktion der Freien Wähler		
	- 797.11 -	

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt:	18
Verschiedenes	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28. November 2017**

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Sitzung am: Dienstag, 28. November 2017 Nr. 13 Ö	Tagesordnungspunkt: 19
---	-------------------------------

Wünsche und Anfragen	- 022.3 -
-----------------------------	------------------

Ausführungen und Beschluss:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.